



3. Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) "Situation in der Abteilung Sozialhilfe" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 159/2016

Stellungnahme Tanja Walliser (SP/Grüne)

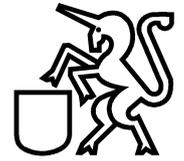
„Habt ihr alle Dokumente dabei, sonst könnt ihr gleich wieder gehen!

Ja, liebe Anwesende, es irritiert, wenn man nicht zuerst freundlich begrüsst, sondern wie ein kleines Kind behandelt wird, oder? Das ist nur ein Zitat aus einem Bericht, wie wir sie schon oft zugetragen bekommen haben. Ich möchte ein weiteres Zitat vorlesen:

„Die Gespräche mit dieser Sozialberaterin verlaufen ziemlich harzig, ich halte es kaum aus. Denn alles was ich behauptete, wird hinterfragt und als eventuelle Lüge deklariert. Ich kann mich nicht wehren, denn da müsste ich ein Gespräch mit der Vorgesetzten suchen. Und es ist kein Geheimnis, dass sie rechtsradikaler Gesinnung ist. Also kann ich nichts tun, als von nun an auf Sozialhilfe zu verzichten und mich durch private Schulden über Wasser zu halten. Ich habe eine Stellenzusage und ich werde die Situation überstehen. Nur macht es mich traurig und betroffen, das so zu erleben. Man kommt sich vor wie im Wilden Westen. Der Stärkere überlebt. Vor allem im Büro, wo alles abgeschotet stattfindet, ist der Umgang rau, feindselig und die Verachtung kommt in jedem zweiten Satz zum Ausdruck.“ Am Schluss schreibt diese Person: *„Ich darf Ihnen nicht meinen wahren Namen nennen aus Angst vor Repressionen.“*

Ja, Dübendorf hat eine tiefere Sozialhilfequote als andere Gemeinden. Aber wieso? Weil sie besonders erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert? Vielleicht auch ein wenig. Aber ganz sicher auch, weil sie die Personen vergault, die Anspruch auf Unterstützungsgelder haben und die in einen Teufelskreis von Schulden treiben. Fast ein Jahr lang hat sich der Stadtrat also Zeit genommen, um auf die dringenden Fragen zu antworten. Offenbar glaubt man, man könnte auf Zeit spielen. Die Verzögerungstaktik wird aber nicht funktionieren, weil die SP/Grüne-Fraktion weiterhin hinschauen wird. Das müssen wir auch, weil wir regelmässig Berichte wie diesen bekommen, den ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Es bleibt unerklärlich, wie der Stadtrat nach dem erschütternden Vorfall, der über die Leiterin vom Sozialamt publik geworden ist, weiterhin einfach so tut kann, als wäre alles in bester Ordnung. Das einzige, was nur auf massiven Druck unserer Fraktion hin gemacht worden ist, ist die Einrichtung einer temporären Ombudsstelle und einer schriftlichen Verwarnung. Für uns ist klar, dass die Mitarbeiterin mindestens hätte versetzt werden müssen. Es kann nicht sein, dass sie weiterhin Klienten betreut, welche sie verunglimpft hat. Eine Kultur auf einem Amt, die es offensichtlich erlaubt, sich gegenüber Hilfsbedürftigen derart menschenunwürdig zu benehmen, wird sogar noch als „Kultur der Eigenverantwortung“ gepriesen, statt in Frage gestellt. Selbstkritik? Fehlanzeige.

Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass die zuständige Sozialbehörde dafür besorgt ist, einen „*professionellen Dienst und eine ordnungsgemässe Kultur*“ in der Sozialhilfe zu gewährleisten. Ist denn der Stadtrat nicht auf die harte Tour eines besseren belehrt worden? Und um was für eine Kultur handelt es sich denn da? Eine, in der Menschen aus anderen Ländern und Kulturen und Menschen in den denkbar schwierigsten Lebensumständen schlecht behandelt werden? Wie soll denn jemand bitte schön motiviert werden, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, wenn er sich wie ein Bittsteller behandelt fühlt? *„Kultur von Eigenverantwortung und gegenseitigem Vertrauen“* - schön und gut - aber bitte auch gegenüber den Sozialhilfebeziehenden. Unerklärlich ist auch, dass nicht einmal der Bericht vom Ombudsmann etwas an der Haltung vom Stadtrat ändert. Die Zahl von 25 Fällen finde ich absolut erschreckend. Noch vielmehr, weil ja klar ist, dass es eine Dunkelziffer gibt. Es haben sich weiterhin Leute bei uns gemeldet, die sich nicht getraut haben, sich bei der Ombudsstelle zu melden. Und trotzdem! Trotzdem haben sich in nur 5 Monaten 25 Menschen gemeldet! So sehr ich mich auch aufregen musste bei der Lektüre dieser Antwort, bei der Beantwortung einer Frage musste ich auch ein wenig lachen. Auf die Frage, ob es stimmt, dass in Dübendorf eigene Richtlinien für die Vergabe von Sozialhilfe existieren, bejaht der Stadtrat die Existenz eines Handbuchs, sagt dann aber: *„Der Inhalt des Handbuchs ist dem Stadtrat nicht bekannt. Der Stadtrat ist somit nicht in der Lage, die Gesetzeskonformität des Handbuchs zu prüfen“* Also, meine Damen und Herren, da habe ich mich wirklich gefragt, ob der Stadtrat eigentlich die Antworten liest, die er absegnet. Denn:



1. Der zuständige Stadtrat ist der Präsident der Sozialbehörde. Also ist der Inhalt dem Stadtrat bekannt.
2. Und wenn er das nicht wäre, nimmt der Stadtrat tatsächlich einfach in Kauf, dass in seiner Verwaltung nicht gesetzeskonform gearbeitet wird?
3. Wenn, wie der SR behauptet, die SKOS-Richtlinien ja eingehalten werden, wieso ist dann ein eigenes Handbuch überhaupt nötig?
4. Es kann doch nicht sein, dass ein Geheimnis um die Richtlinien gemacht wird, gemäss denen unsere Gemeinde Gelder spricht. Schliesslich handelt es sich da auch um Steuergelder. Die Regeln müssen transparent gemacht werden. Gerade auch anderen sozialen Stellen würde die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt erleichtert werden, wenn der Inhalt bekannt wäre.

Schlussendlich lässt die Geheimnistuerei einmal mehr vermuten, dass einiges nicht mit rechten Dingen zu und hergeht. Für die SP/Grüne-Fraktion ist die Sache mit der Interpellation nicht gegessen, ganz im Gegenteil, zeigt sie sogar nochmals ganz klar den Handlungsbedarf auf. Wir werden in einer Motion die Weiterführung der Ombudsstelle fordern. Es ist absolut zentral, dass es weiterhin diese Möglichkeit gibt, die hohe Anzahl Fälle bestätigt das. Dies genügt aber nicht. Absolut dringend notwendig und auf anderen Sozialämtern absolut Usus, sind ausserdem regelmässige Coachings, Inter- und Supervision für die Mitarbeitenden. Wir verlangen zudem, dass gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip Einsicht in das Handbuch der Sozialbehörde gewährt wird und werden ein entsprechendes Gesuch stellen. Schlussendlich, liebe Damen und Herren, kämpfen wir aber gegen etwas, das schwerer wiegt als die Untätigkeit des Stadtrats. Wir kämpfen gegen Feindbilder. Feindbilder, gemäss denen, wer arbeitslos ist, selbst schuld ist und wer Sozialhilfe braucht, faul ist und kein Anrecht auf eine menschenwürdige Behandlung hat. Das ist der Kern einer Politik und es beinhaltet ein Menschenbild, welches mir zutiefst widerstrebt. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass es denen, welchen es am schlechtesten geht, besser geht, müssen wir sie nicht schikanieren, sondern fördern und unterstützen.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion

Tanja Boesch (BDP/EVP)

„Es ist schon erstaunlich, dass der Stadtrat die Frage nach der Stelle der Leiterin Sozialhilfe zwar beantwortet, sich dabei aber nicht auf die Facebook-Einträge bezogen hat. Es ist uns allen bekannt, dass Personen wegen Äusserungen auf Facebook - sei dies gegen die Firma oder gegen Vorgesetzte - mit Konsequenzen zu rechnen haben. Für rechtsradikale Parolen gilt dies anscheinend nicht. Da fragt man sich, wie hier die Wertung ist. Es ist schon klar, dass der Stadtrat die innere Einstellung von Mitarbeitenden der Stadt nicht beurteilen kann. Aber sehr wohl die Verwaltung resp. die verantwortlichen Personen, welche bspw. Mitarbeitendenbeurteilungen durchführen. Und wer hier nicht feststellen kann, welche Gesinnung sein Gegenüber vertritt, ist möglicherweise nicht am richtigen Ort. Und dies hat nichts mit der Eigenverantwortung der Angestellten zu tun, sondern mit der Verantwortung des Arbeitgebers. Und was hat der Stadtrat erwartet, wie sich die Betroffenen verhalten bei der Einsetzung eines Ombudsmanns, wenn immer noch die gleichen verantwortlichen Personen an den massgeblichen Stellen sitzen? Was glauben der Stadtrat oder die Verantwortlichen in der Verwaltung, was die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit den Betroffenen vermittelt? Wurde etwa erwartet, dass sich die betroffenen Menschen unter diesen Umständen frisch von der Leber weg einem Ombudsmann anvertrauen? Das glaube ich kaum. Der Ombudsmann ist für mich in dieser Form auch eine Alibiübung. Und wie kann es sein, dass dem Stadtrat Richtlinien, nach welchen in der Verwaltung gearbeitet wird, nicht bekannt sind? Da habe ich mehr als ein Fragezeichen und diese Frage muss unbedingt geklärt werden. Entweder hätte der Stadtrat diese Frage der Sozialbehörde zur Be-



antwortung weitergeben können, oder die Angelegenheit muss, wie bereits durch Hans Baumann im Glattaler vorgeschlagen, der GRPK übergeben werden. Und wie es vielleicht bereits durch den Ombudsmann festgestellt wurde, ist es mit seiner Einstellung allein nicht getan. Es ist notwendig, weitere Schritte zu unternehmen. Ein Nein des Stadtrates bei Frage 11 ist darum ebenfalls nicht akzeptabel. Und bevor sich Stadtrat Kurt Spillmann wieder darüber aufregt, dass das Sozialamt wieder in die Kritik gerät, kann ich dazu nur sagen, dass ich vor einer Woche auch wieder einen Anruf zu diesem Thema bekommen habe. Und solange wir immer wieder solche Anrufe erhalten - wie bereits gehört bin ich da ja auch nicht die einzige - wird dieses Thema hier im Gemeinderat nicht erledigt sein.“

Flavia Sutter (SP/Grüne)

„Von Stadtrat Kurt Spillmann wurden Fakten verlangt. Ich selbst habe schon von mehreren Sozialarbeitern gehört, dass sie nicht nach Dübendorf kommen würden, um hier zu arbeiten. Ich lese Ihnen nun ein Zitat einer Sozialarbeitenden in leitender Stellung vor:

„Als Fachperson würde ich niemals in den Sozialen Diensten der Stadt Dübendorf arbeiten wollen, solange die Leitungsperson weder über eine juristische noch über eine sozialarbeiterische Grundbildung verfügt. Vielen meiner Kolleginnen und Kollegen geht es ebenso. Die unprofessionelle Rekrutierungsstrategie der Stadt Dübendorf in der gesetzlichen Sozialarbeit ist fahrlässig und öffnet der Willkür Tür und Tor. Der von der Leiterin der Sozialen Dienste auf ihrem Facebook Profil publizierte Leserbrief der Rentnerin, Elisabeth Kälin, enthält haarsträubende Falschinformationen über die Gesetzgebung der Schweiz. Sie hat damit ihre Position missbraucht, um gezielt und (hoffentlich!) wider besseres Wissen das Gesetz zu diffamieren, zu dessen Umsetzung sie von der Stadt Dübendorf verpflichtet wurde. Sie hetzte mit bewussten Falschinformationen gegen den eigenen Arbeitgeber und die Gesetzgebung der Schweiz und führt trotzdem weiterhin das Team der Sozialen Dienste.“

Orlando Wyss (SVP)

„Seit dem gezielten Bashing der Sozialbehörde durch die Linken in unserem Gemeinderat ist etwa ein Jahr vergangen. Sie werden nicht müde, ihre zum Teil abstrusen Vorwürfe immer wieder zu wiederholen. Eigentlich sollten sie in diesem Jahr schlauer geworden sein. Doch es ist zu befürchten, dass sie die haltlosen Vorwürfe bis zu den Kommunalwahlen 2018 durchhalten wollen. Denn das hat sehr wahrscheinlich der hinterste und letzte hier im Saal gemerkt. Es ist ein Wahlkampfthema der Linksparteien. Es ist schon fast abenteuerlich, wie sie dies trotz der gegenteiligen Argumente versuchen durchzuziehen. Es ist ein Glücksfall, dass diese Interpellation erst nach einem Jahr im Gemeinderat behandelt wird. Dadurch kann ich Ihnen genüsslich die Gegenargumente, welche sich seit Ende 2016 ergeben haben, aufzählen. Eine linke Kantonsrätin aus Uster meinte, mit ihrer Anfrage an den Regierungsrat unseren Sozialhilfebashing-Kollegen helfen zu können. Doch „oha Lätz“, der Schuss ging nach hinten los. Die Antwort war alles andere, als es sich die Linken in unserem Gemeinderat gewünscht hatten. Auch konnte Sozialvorstand Kurt Spillmann über die Visitationen des Bezirksrates Uster berichten, welche ein ganz anderes Bild ergaben, als die Linken von Dübendorf marktschreierisch von sich gaben. Und dann noch die Einsetzung des Ombudsmannes für unsere Verwaltung, welcher aufgrund der panikartigen Kritik an unserer Sozialbehörde zu seinem Job gekommen ist. Auch der Ombudsmann kam im ersten Zwischenbericht zum Schluss, dass es zwar Fehler gegeben habe, diese sich aber im normalen Rahmen verhielten, welche sicher nicht das grosse Theater rechtfertigten, welches die Linken hier veranstalten. Man muss wissen, mit wem es die Sozialbehörde zu tun hat. Die meisten verhalten sich zwar korrekt und anständig, doch gibt es einige, bei welchen dies eben nicht der Fall ist. Die Klientenschaft der Sozialbehörde ist sicher die schwierigste von allen Abteilungen der Dübendorfer Verwaltung.

Was sich lohnen würde zu untersuchen, wären die Kosten, welche die Linken mit ihren zum Teil abstrusen und weit übers Ziel schießenden Vorwürfen innerhalb dieses Jahres zu verantworten haben. Doch es ist ja nicht ihr eigenes Geld, welches sie hier verbraten. Solange der Steuerzahler dafür aufkommt, ist es den Linken egal, was es kostet. Jeder, der das Thema verfolgt hat, weiss, wofür es hier geht. Denn eine Frage hat der Interpellant nicht gestellt, doch steht sie über allem im Raum. Die



Frage lautet: Wieso kann es sein, dass SVP-Mitglieder in der Sozialbehörde tätig sind, nachdem schon der Sozialvorstand von der SVP ist? Denn dies macht es für künftige Legislaturen bei einer linkeren Zusammensetzung der Sozialbehörde schwieriger, wieder mit dem Geld der Steuerzahler sorgloser umzugehen. Ich hoffe, dass die Linken vom toten Ross absteigen und sich wichtigeren Sachgeschäften zuwenden. Doch ich befürchte, dass sie auf Teufel komm raus, das Thema bis zu den Wahlen 2018 bewirtschaften, weil sie nichts Besseres vorzuweisen haben.“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Ich muss eigentlich nichts mehr erzählen. Und Frau Boesch, ich kann Sie beruhigen, ich rege mich heute Abend auch gar nicht auf. Ich habe bereits mehrmals hier im Rat gesagt, was ich zu sagen habe. Etwas Neues ist heute aber noch aufgekomen betreffend erwähntem Handbuch. Dübendorfer Richtlinien gibt es keine, es gibt ein Handbuch in Dübendorf. Darin sind die Kompetenzen, welche auf der Gemeindeebene liegen, festgelegt. Das Handbuch dient einzig und alleine dazu, dass alle gleich behandelt werden, obwohl in der Abteilung mehrere Personen arbeiten. Der Stadtrat kennt die Kompetenzen. Und wenn man die Beantwortung des Stadtrates gelesen hätte, dann hätte man auch in den Erwägungen den allgemeinen Hinweis gelesen, der unter Artikel 47 ff die Zuständigkeiten regelt. Meine Damen und Herren, vor allem auf der linken Seite: Für die Sozialhilfe in Dübendorf ist die Sozialbehörde zuständig und nicht der Stadtrat. Und wenn man schreibt, dass er die Gesamtverantwortung über die Sozialhilfe in Dübendorf habe, dann ist das falsch. Der Stadtrat weiss schon, wo er zuständig ist und wo nicht. Die Sozialbehörde hat den Entscheid gefällt, dass das Handbuch nicht herausgegeben wird. Und die Sozialbehörde untersteht dem Amtsgeheimnis und der Schweigepflicht. Und ich kann Ihnen sagen, dass in 15 Jahren, in tausenden von Fällen, die Sozialbehörde nicht einmal die Schweigepflicht und nicht einmal das Amtsgeheimnis verletzt hat. Weil wir wissen schon, was wir machen. Und all denen, die es noch nicht wissen, zeige ich gerne nochmals, was dies überhaupt beinhaltet (*zeigt Bild*). Und dann wissen Sie auch, welche Dokumente für wen zugänglich sind und für wen nicht. Die Schweigepflicht gilt nicht nur gegenüber Privaten und der Presse, sondern auch im Verhältnis zu anderen Behörden und Beamten, welche mit der entsprechenden Angelegenheit nichts zu tun haben. Unsere Aufsichtsbehörde reagiert dann, wenn wir etwas falsch auszahlen oder jemanden falsch behandeln. Und zwar nicht der Stadtrat und nicht der Gemeinderat, sondern der Bezirksrat. Dieser kommt auf uns zu, denn auch dieser weiss, wo die Verantwortung liegt. Soviel zum erwähnten Handbuch. Alle, die das Handbuch sehen mussten, haben dieses auch gesehen resp. genehmigt und bewilligt. Manche waren sogar begeistert davon. Wenn Sie nicht wissen, wo die Kompetenzen liegen, wenn Sie nicht wissen, wohin ein solcher Bericht der Ombudsstelle geht, dann kann ich nicht ganz ernst nehmen, was Sie vorhin alles erzählt haben. Zum Schluss noch etwas zu den Angestellten: Die personelle Situation wurde durch den Stadtrat erledigt und er steht nach wie vor zu 100 % hinter allen. Denn sie sind kompetent, machen einen guten Job und wissen, um was es geht.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican
Gemeinderatssekretärin